

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Stadtvertretung**

28.04.2026

Niederschrift

über die 12. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 23.04.2026

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 19:51 Uhr

Unterbrechung: 16:38 Uhr bis 16:49 Uhr
18:15 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Prof. Dr. Roman F. Oppermann, Sitzungsleiter SPD/Grüne
Ratsherr Jens Kreuzer BSW/BfN

Gremiumsmitglied

Ratsherr Jörg Albrecht	SPD/Grüne
Ratsfrau Mandy Arndt	AfD
Ratsfrau Dr. Sabine Balschat	BSW/BfN
Ratsherr Jörg Borchert	CDUplus
Ratsherr Björn Bromberger	CDUplus
Ratsherr Steffen Bülow	CDUplus
Ratsherr Nicola D'Aniello	BSW/BfN
Ratsherr Peter Fink	AfD
Ratsfrau Vanessa Freund	SPD/Grüne
Ratsherr Steven Giermann	CDUplus
Ratsherr Tim Großmüller	fraktionslos
Ratsherr Harry Hahne	BSW/BfN
Ratsherr Holger Hanson	Projekt NB
Ratsherr Bernd Herrmann	Projekt NB
Ratsherr Olaf Jammrath	BSW/BfN
Ratsherr Toni Jaschinski	fraktionslos
Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer	SPD/Grüne
Ratsherr Jörg Kracht	AfD
Ratsfrau Anett Kreuzer	BSW/BfN
Ratsherr Dr. Roman Kubetschek	Projekt NB
Ratsherr Jan Kuhnert	BSW/BfN
Ratsherr Dennis Langer	Projekt NB

Ratsherr Holger Mieth	SPD/Grüne
Ratsfrau Caterina Muth	fraktionslos
Ratsfrau Gritta Neumann	CDUplus
Ratsherr Maik Ohlenforst	AfD
Ratsfrau Ina Paulitschke	SPD/Grüne
Ratsherr Kay Reinders	CDUplus
Ratsfrau Antje Rohde	CDUplus
Ratsherr Olaf Schanz	AfD
Ratsherr Robert Schnell	AfD
Ratsfrau Yvette Schöler	CDUplus
Ratsherr Heiko Schröder	CDUplus
Ratsherr Thomas Schröder	BSW/BfN
Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke	BSW/BfN
Ratsherr Michael Stieber	SPD/Grüne
Ratsherr Raphael Wittek	CDUplus

Abwesend

Ratsfrau Sigrid Stelow	AfD
Ratsfrau Sybille Weber	AfD
Ratsherr Roland Fanselow	AfD
Ratsherr Thomas Gesswein	CDUplus

Verwaltung

Herr Klose	Oberbürgermeister
Frau Piotrowski	2. Stellv. des OB
Frau Rathsack	ABLin Recht und Vergaben
Herr Schwabe	Leiter EBIM
Herr Bachmann	Beauftragter Beteiligungsmanagement
Herr Renner	Leiter Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Herr Grömke	Referent OB/Leiter PMÖ
Frau Brecht	ABLin Stadtplanung
Frau Kriegler	ABLin Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wohnen
Herr Maßmann	amt. Leiter Schule, Kultur und Sport
Frau Kunze	ABLin Ordnung, Verkehr und Gewerbe
Frau Kutzik	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr Koopmann	Justitiar
Herr Behm	ABL Brandschutz und Rettungsdienst
Herr Ramp	ABL Schule, Sport, Generationen
Frau Seugling	Strategische Kommunikation & Marketing
Frau Kapler	Leiterin Büro der Stadtvertretung
Frau Hänsch	Büro der Stadtvertretung
Frau Akman	Büro der Stadtvertretung
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die 12. Sitzung der Stadtvertretung. Er begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister sowie die anwesenden Gäste. Weiterhin weist er darauf hin, dass von den öffentlichen Sitzungen Film- und Tonaufnahmen angefertigt, live ins Internet eingestellt werden und dort bis zum Start der übernächsten Sitzung abrufbar sind. Sichtbar sind die Mitglieder der Stadtvertretung Neubrandenburg, Oberbürgermeister Klose, der Beigeordnete, Mitarbeiter der Verwaltung sowie das Wort nehmende Personen in der jeweiligen Aussprache. Die Übertragung oder Aufzeichnung einer betroffenen Person unterbleibt, soweit sie dem widerspricht. Daher bittet er an der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner teilnehmende Personen und sonstige Dritte, die weder in Ausübung eines Mandates als Mitglied der Stadtvertretung, noch im Rahmen eines Dienstverhältnisses zur Stadtverwaltung, an der Sitzung teilnehmen, eine schriftliche Einwilligung zur Übertragung der Aufzeichnung des Redebeitrags abzugeben. Dazu liegen am Eingang des Sitzungsraumes Formulare bereit, die im Falle der Einwilligung vor Abgabe des Redebeitrages zu unterzeichnen und dem Büro der Stadtvertretung umgehend zu übergeben sind. Liegt keine Einwilligungserklärung vor, wird die Übertragung unterbrochen.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es liegt bereits eine Anmeldung für eine Anfrage eines Bürgers vor, der sein Recht wahrnimmt, der Live-Übertragung zu widersprechen. Dieser wird an dieser Stelle unterbrochen.

Wortmeldung Herr **Lehmann** aus Neubrandenburg

1. Für die Neubrandenburger Partnerstädte Collegno, Nevers, Flensburg, Nazareth, Yangzhou fehlen noch die Benennungen von Straßen im Stadtgebiet. Wann werden diese Benennungen erfolgen? Wird bitte der dazu bereits abgegebene Vorschlag von mir berücksichtigt?
2. Können Sie bitte innerhalb eines Monats sichtbar damit beginnen, Ideen/Vorschläge, welche die Stadt Neubrandenburg erhalten hat/nach erhält, im Internet und auf Papier zu veröffentlichen? Können Sie dazu bitte jeweils über die Bearbeitungsstände, über den Fortschritt informieren, sobald dieser erfolgt?
3. Aus dem NB-Mängelmelder wurden ältere Einträge herausgelöscht, weitere ältere Einträge weisen keine Veränderung auf. Neue Einträge, z. B. in der Kalenderwoche 16 (vom 13.04. bis 19.04.), wurden erst am 17.04.2026 veröffentlicht. Zur Löschung der Einträge wurde mit mir nicht gesprochen. Gibt es dazu Lösungsvorschläge seitens der Stadt oder möchten Sie meine erfahren?

Oberbürgermeister **Klose** bedankt sich bei Herrn Lehmann für die Einreichung der Fragen im Vorfeld. So bestehe die Chance, direkt zu antworten:

Antwort auf Frage 1:

Die Benennung der Straßen nach den Partnerstädten Koszalin, Petrosawodsk und Villejuif erfolgte zu DDR-Zeiten. Straßenbenennungen erfolgen heute konzeptbezogen, insbesondere im Rahmen neuer Bebauungspläne. Entsprechende Vorschläge können bei zukünftigen Benennungen berücksichtigt werden. Die Beratung erfolgt in den Fachausschüssen und der Stadtvertretung.

Antwort auf Frage 2:

Oberbürgermeister Klose bittet um Verständnis, dass aufgrund der Vielzahl wöchentlich eingehender Vorschläge, Anregungen und Hinweise eine individuelle Bearbeitung nicht in jedem Fall möglich ist. Er verweist auf bestehende Gesprächsangebote. Sowohl die Bürgerbeauftragte als auch der Oberbürgermeister bieten Bürgersprechstunden an. Dort können Anliegen direkt besprochen sowie Vorschläge aufgenommen und gegebenenfalls in die zuständigen Fachausschüsse oder verwaltungsinternen Arbeitsabläufe eingebracht werden.

Antwort auf Frage 3:

Oberbürgermeister Klose bestätigt, dass Anfang des Jahres Meldungen aus dem Mängelmelder gelöscht wurden. Betroffen waren Meldungen aus der Zeit vor 2023. Hintergrund ist die geplante Überführung des bisherigen Systems in die landesweite Plattform Klarschiff, der sich die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg anschließen möchte. Über die Plattform sollen Bürgerinnen und Bürger weiterhin Hinweise und Mängel melden können. Die technische Umsetzung verzögert sich derzeit noch. Oberbürgermeister Klose betont, dass die Löschung keine inhaltliche Bewertung darstellte, sondern aus technischen Gründen zur Vorbereitung der Umstellung erforderlich war.

Herr **Lehmann** wünscht eine schriftliche Nachreichung der Antworten. Oberbürgermeister **Klose** sagt diese zu.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** informiert, dass gemäß § 7 (3) der Geschäftsordnung ein Antrag von Herrn Lanin vom Nordkurier vorliegt, Fotoaufnahmen ab TOP 5 bis TOP 33 in der Sitzung machen zu dürfen. Da kein Widerspruch aus den Reihen der Ratsfrauen und Ratsherren erfolgt, ist die Fotoerlaubnis erteilt

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 14.04.2026). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; es sind 39 von 43 Mitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 11. Sitzung der Stadtvertretung am 24.02.2026

Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VIII/0105

Oberbürgermeister **Klose** geht auf einige Themen gesondert ein. Zum einen auf die kommunale Wärmeplanung. Am 21.04.2026 sei die gesetzlich vorgeschriebene Informationsveranstaltung mit Vorstellung des Transformationsplanes wie auch der kommunalen Wärmeplanung abgehalten worden. Es habe ein reges Interesse gegeben. Unter Teilnahme der wichtigen Partner und Akteure, die dort einen nicht unerheblichen Teil beitragen, die Neubrandenburger Stadtwerke und die NEUWOGES sowie die NEUWOBA, seien auch Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantwortet worden. Er dankt den Akteuren für ihre Mitwirkung.

Zum anderen geht er auf Mitgliederzahlen in Sportvereinen ein. Für die Sportstadt Neubrandenburg sei es eine erfreuliche Entwicklung, dass die Mitgliederzahlen im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Vor allem im Bereich der über 60-Jährigen sei die Zahl der Vereinsmitglieder gewachsen. Zugleich sanken allerdings die Zahlen im Bereich der Kinder bis 6 Jahren, was auf eine Reduzierung der Kooperationen zwischen Kitas und Sportvereinen zurückzuführen sei. Dahingehend stehe die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

im Austausch mit dem Jugendamt des Landkreises MSE, sowie dem Kreissportbund, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Als drittes Thema hebt er die Fortführung der Partnerschaft für Demokratie hervor. Im Februar sei der Zuwendungsbescheid für das laufende Jahr eingegangen. Es handle sich um 140.000 Euro, die mit Eigenmitteln auf 160.000 Euro aufgestockt würden. Er macht klar, dass es für die Stadt Neubrandenburg enorm wichtig sei, diese Mittel weiter nutzen zu können, vor allem im Hinblick auf die Jugendarbeit.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** spricht den geplanten Ersatzbau der Brücke über den Oberbach und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf den Verkehr an. Er nimmt Bezug auf eine bereits erfolgte Maßnahme, die eine Verengung der Rostocker Straße und Aufhebung der bekannten Fuß- und Radwege notwendig machte. Damals sei die Jahnstraße als Verbindung zum Reitbahnviertel und weiter zur Demminer Straße von vielen Autos und LKW als Ausweichstrecke genutzt worden. Das war mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen und der Gefährdung von Radfahrenden und Zufußgehenden verbunden. Deswegen war damals beschlossen worden, die Jahnstraße so umzugestalten, dass diese sicher von Radfahrenden und Zufußgehenden genutzt werden kann. Dieser Umbau sei aber bis heute nicht erfolgt. Er fragt, wie die Sicherheit des Radverkehrs sichergestellt wird, wenn es dann während der kommenden Baumaßnahme auf dieser relativ engen Straße wieder ein erhöhtes PKW- und LKW-Aufkommen geben wird. Er bittet die Stadtverwaltung um Vorschläge. Denkbar wäre ggf. ein Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen, also das Zeichen 277.1 während der Hauptverkehrszeiten. Eine weitere Frage betrifft die Verkehrsführung an der Baustelle selbst. In der Vorlage sei eine Fußgängerbrücke erwähnt. Bisher sei die Rede davon gewesen, dass es eine Brücke für den Rad- und Fußverkehr geben soll. Daher hinterfragt er, wie der Radverkehr dort an der Baustelle konkret geführt werden soll.

Oberbürgermeister **Klose** dankt für die Anmerkungen. Die Baumaßnahme als solche werde durch das Straßenbauamt Neustrelitz durchgeführt. Die Bauarbeiten sollen planmäßig im Spätherbst beginnen und es sei mit großen Einschränkungen zu rechnen.

Die Stadt Neubrandenburg stehe in regem Austausch mit dem Straßenbauamt Neustrelitz und es werde gemeinsam geschaut, wann genau was passieren soll. Dies sei die Voraussetzung dafür, sich Gedanken darüber machen zu können, wie Rad- und Fußgängerverkehr sicher geleitet wird. Auch die Thematik die Brücke betreffend soll Inhalt dieser Gespräche sein. Er bietet an, eingehende Informationen dazu umgehend an die Ratsfrauen und Ratsherren weiterzuleiten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, informiert zu Umbesetzungen in Gremien. Diese sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Ratsherr **Giermann** bringt seine Enttäuschung zum Ausdruck, dass die Vier-Tore -Stadt Neubrandenburg keine Förderung aus dem Sportstättenprogramm Kommunale Sportstätten erhält. Insgesamt fließen aus diesem Förderprogramm 22 Millionen Euro in 14 Projekte in Mecklenburg-Vorpommern. Ratsherr Giermann schlägt vor, mit den vom Programm berücksichtigten Gemeinden ins Gespräch zu kommen, um zu eruieren, was diese anders gemacht haben, um gefördert zu werden. Er ruft dazu auf, alle Kräfte und Kontakte des Sportausschusses und der gesamten Stadtvertretung zu mobilisieren, damit die Sportstadt Neubrandenburg in der zweiten Förderrunde in kommenden Jahr berücksichtigt wird.

Ratsfrau **Muth** bezieht sich auf die von der Stadtvertretung beschlossene Online-Umfrage zu Spiel- und Bewegungsangeboten im Stadtgebiet, die am 15.02.2026 beendet wurde und bittet um Informationen zum Bearbeitungsstand der Erkenntnisse aus dieser Umfrage.

Ratsherr **Herrmann** thematisiert das Markenforum zur Entwicklung einer Stadtmarke als Basis für ein komplett neues, zentralisiertes Stadtmarketing unter dem Dach der VZN, das am 12. und 13.03.2026 stattfand und lobt die Professionalität dieser Veranstaltungen und das Engagement speziell von Frau Seugling und Frau Jendro im Namen der Fraktion Projekt NB. Kritisch merkt er an, dass an keinem der beiden Termine Ratsfrauen oder Ratsherren der Fraktionen SPD/Grüne und AfD teilgenommen haben.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** erinnert an die Kritik, die er seit Jahren äußere, dass Veranstaltungen zu üblichen Arbeitszeiten stattfinden. Ehrenamtliche hätten Probleme, an diesen teilzunehmen. Zudem stellt er richtig, dass die Fraktion SPD/Grüne mit einem sachkundigen Einwohner vertreten war.

Weiterhin spricht Ratsherr Dr. Kirchhefer einen Beschluss der Stadtvertretung aus dem Jahr 2023 zur Nutzung von erneuerbaren Energien auf städtischen Gebäuden und Flächen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg an (STV 37/12/2023). In einem NDR-Bericht war zu lesen, dass die Hansestadt Rostock eigenen Strom produzieren möchte. Er fragt, warum Neubrandenburg solche Möglichkeiten nicht nutzt, um nachhaltig des städtischen Haushalt zu entlasten.

Oberbürgermeister **Klose**

- bezieht sich auf den Redebeitrag von Ratsherrn Giermann. Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg hatte Förderanträge für die Sanierung des Jahnstadions als solches, sowie des dortigen Sozialgebäudes im Rahmen des Bundesprogrammes gestellt. Auf Bitten der Stadtvertretung habe er zudem in persönlichen Gesprächen mit dem zuständigen Mitglied des Haushaltsausschusses, dem Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor, gesprochen und nochmals darauf hingewiesen, wie wichtig die Umsetzung dieser Maßnahmen für die Vier-Tore-Stadt sei. Allerdings wären bei einer zügigen Überzeichnung die Chancen für Neubrandenburg von vornherein sehr gering gewesen. Die gestern zugestellte Pressemitteilung des Haushaltsausschusses brachte dann die Gewissheit, dass von den knapp 22 Millionen Euro für 14 Einzelprojekte in M-V nichts nach Neubrandenburg kommt. Angesichts der Haushaltslage sei es nicht möglich diese Projekte aus eigener Kraft zu stemmen. Für das kommende Haushaltsjahr werde versucht, Instandhaltungsmaßnahmen einzustellen, damit die Nutzung der Sportstätte gegeben ist. Jedoch werde der Bedarf des Spitzensportes damit absolut nicht gedeckt sein. Hinsichtlich der nächsten Förderrunde, die wahrscheinlich schon Ende dieses Jahres beginnt, habe er aber auch schon mit Philipp Amthor MDB gesprochen und natürlich werde sich Neubrandenburg wieder bewerben. Der von Ratsherrn Giermann vorgeschlagenen Austausch mit anderen Kommunen werde eruiert.

- informiert, dass am 13.04.2026 die Förderbescheide vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte über Mittel aus dem sogenannten MV-Plan 2035 (gespeist aus Bundesmitteln, aus dem Sondervermögen Infrastruktur) eingegangen seien. Mit dem ersten Förderbescheid gebe es 50.000 EUR (für jede Gemeinde unabhängig von der Größe). Im zweiten Förderbescheid gehe es um zwei Überthemen. Das eine Thema sei Verkehrsinfrastruktur, ÖPNV und Energie und das zweite sei sehr allgemein sonstige gesellschaftliche Infrastruktur. Da spielen Einwohnerzahlen und sonstige Themen eine Rolle. Für den erstgenannten Bereich Verkehrsinfrastruktur, ÖPNV und Energie Fördermittel erhalte die Vier-Tore-Stadt 1.751.659 Euro und für den Bereich sonstige gesellschaftliche Infrastruktur seien es 2.475.482 Euro. Mit diesen Summen werde jetzt in die weitere Beratung mit der Stadtvertretung gegangen, um das Geld sinnvoll für die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg einzusetzen.

- geht auf die Nachfrage von Ratsfrau Muth hinsichtlich der Auswertung der Umfrageergebnisse ein. Diese werde nachgereicht.

- sagt eine schriftliche Antwort auf die Frage von Ratsherrn Dr. Kirchhefer zum Thema Stromproduktion zur Eigennutzung zu.

Ratsherr **Großmüller** spricht die Fördermittel in Höhe von ca. 160.000 € für das Programm „Demokratie leben“ an, die durch die Stadt Neubrandenburg um 20.000 € ergänzt werden. In diesem Zusammenhang merkt er kritisch an, dass bei der Verwendung der Mittel teilweise keine ausreichende Nachvollziehbarkeit hinsichtlich Zielerreichung und Teilnehmerzahlen gegeben sei. Als Beispiel nennt er das „Café International“.

Weiterhin weist er darauf hin, dass Anträge auf Förderung teilweise ohne detaillierte Nachweise bewilligt würden. Gleichzeitig sei ein Antrag der Fraktion BSW/BfN zur Unterstützung von Jugendclubs mit Verweis auf die finanzielle Lage abgelehnt worden. Er regt an, Jugendclubs und Sozialarbeiter stärker in die Lage zu versetzen, ebenfalls auf entsprechende Fördermittel zuzugreifen, um demokratiebildende Projekte und Angebote für junge Menschen umzusetzen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** bezieht sich auf den Redebeitrag von Ratsherrn Dr. Kirchhefer zum Bericht des Oberbürgermeisters und schlägt vor, bei den bevorstehenden Bauarbeiten in der Rostocker Straße, den Rad- und Fußverkehr mit Einverständnis der Eigentümer über die kleine Brücke hinter der Vierrademühle umzuleiten. Er bittet darum, dies zu eruieren. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, dass die Rostocker Straße das einzige Aus- und Einfahrtstor für den gesamten Rettungsdienst und die Feuerwehr sei. Bevorrechtigung von Radfahrenden z. B. Überholverbote würde erhebliche Rückstaus verursachen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Dr. Balschat**, was nach der Übernahme des ÖPNV der Stadt Neubrandenburg durch den Landkreis mit „Rufus“ passiert, antwortet Oberbürgermeister Klose, dass mit der Übernahme des ÖPNV ab 01.01.2027 durch die MVVG in Federführung des Landkreises MSE der Rufbus auch übernommen werde. Ab dem 01.01.2027 obliege es dann dieser Verkehrsgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Landkreis zu entscheiden, wie in der Praxis der ÖPNV in der Vier-Tore-Stadt umgesetzt wird. Die Stadt Neubrandenburg habe dann darauf keinen Einfluss mehr.

Ratsherr **Bromberger** führt aus seiner Sicht als Mitglied des Kreistages aus, dass im Landkreis auch ein Rufbussystem existiere; die Möglichkeit solle auch 2027 weiter bestehen.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Mieth** regt an, die Berichte über Prüfung und Feststellung der Jahresabschlüsse 2024 in verbundener Aussprache zu behandeln.

Ratsherr **Jaschinski** beantragt zum TOP 35 Rederecht für den Geschäftsführer der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft, Frank Benischke.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** beantragt zu TOP 28 Rederecht für den sachkundigen Einwohner Robert Schultze, Architekt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** informiert, dass die Fraktion Projekt NB beantragt habe, die Beschlussvorlage BV/VIII/0295 (TOP 34) Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht hinsichtlich des Berichtes über den Sonderprüfauftrag zum Beschluss der Stadtvertretung vom 17.07.2025 mit der Drucksache-Nr. BV/VIII/0183 von der Tagesordnung abzusetzen.

Weiterhin hat die Fraktion Projekt NB beantragt, die Beschlussvorlage BV/VIII/0294 (TOP 33) Pilotprojekt "Öffnung kommunaler Sportstätten für Kinder- und Jugendfreizeitsport außer-halb vertraglicher Nutzungen" zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu verweisen. Über den Antrag soll bei Aufruf der Beschlussvorlage abgestimmt werden.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** bittet um Nachtrag folgender Änderungsblätter und Änderungsanträge:

- BV/VIII/0249 (TOP 33) 2 Änderungsblätter (ÄBL 2 ersetzt ÄBL 1)
- BV/VIII/0288 (TOP 9) Änderungsantrag Nr. 1 (CDUplus-Fraktion)
- BV/VIII/0270 (TOP 35) Änderungsantrag Nr. 1 (Projekt NB)

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** schlägt weiter vor, die

- TOP 10 bis TOP 21 (Berichte über Prüfung und Feststellung der Jahresabschlüsse 2024)

sowie die

- TOP 26 + TOP 27 (Geldzuwendungen für Anschaffung und Verlegung einer Bronzeplatte auf dem Walk of Sport für Franka Dietzsch)

in verbundener Aussprache zu behandeln.

Namentliche Abstimmung wurde beantragt durch die Fraktion Projekt NB für die Beschlussvorlagen

- BV/VIII/0295 (**TOP 34**) - falls diese auf der TO verbleibt

sowie

- BV/VIII/0270 (**TOP 35**)

Rederecht wurde beantragt für BV/VIII/0270 (**TOP 35**) für die Geschäftsführer der NEUWOGES Frank Benischke und Michael Wendelstorf sowie den Architekten Robert Schultze.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** ruft auf den Antrag zur Streichung von TOP 34 (nichtöffentlich) von der Tagesordnung auf. Ratsherr **Hanson** meldet dafür Aussprachebedarf an. Ratsherr Prof. Dr. Oppermann stellt dafür die Nichtöffentlichkeit her.

(Ausführungen im nichtöffentlichen Teil)

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** stellt die Öffentlichkeit wieder her und lässt über den Antrag zur Streichung von TOP 34 abstimmen.

Der Antrag wird bei einer Stimmenthaltung und 10 Dafürstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die beantragten Rederechte abstimmen. Diesem wird einstimmig zugestimmt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen.

TOP 8 Durchführung der Wahl der Schiedsperson für die Schiedsstelle II der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0282

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/8/2026**

TOP 9 Ergänzungsbeschluss Doppischer Haushaltsplan 2026
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2 Stellenplan
Band 3/2 Wirtschaftliche Unternehmen, Wirtschaftsplan Eigenbetrieb
Immobilienmanagement der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0288

Ratsherr **Stieber** spricht sich für die Beschlussvorlage aus. „Unser NB“ übernehme zentrale Aufgaben, insbesondere als digitale Ehrenamtsbörse und als Ort zivilgesellschaftlicher Vernetzung. Das seien keine Nebenaspekte, sondern ganz konkrete, täglich genutzte Angebote für Vereine, für Initiativen und für engagierte Bürgerinnen und Bürger. Es gehe hier um die Infrastruktur für die lebendige Stadtgesellschaft. Deswegen überzeuge der vorliegende Änderungsantrag der CDUplus-Fraktion nicht, denn wenn nur 4.000 Euro freigeben und 8.000 Euro weiter gesperrt werden bedeute das weniger Planungssicherheit, weniger Entwicklungsmöglichkeiten und im schlimmsten Fall die Schwächung genau dieser zentralen Funktionen der Ehrenamtsbörse und der Vernetzungsplattform. Das passe aus Sicht der Fraktion SPD/Grüne nicht zusammen.

Ratsherr **Herrmann** stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Im Änderungsantrag der CDUplus-Fraktion werde ausgeführt, dass die Begründung mündlich erfolgen würde. Er bittet darum, zunächst den Antragsteller anzuhören.

Ratsherr **Bromberger** führt aus, dass die CDUplus-Fraktion die Möglichkeiten mit der Verwaltung dazu Gespräche zu führen, wahrgenommen hat. Herr Jenewsky als zuständiger Mitarbeiter der Verwaltung habe erklärt, dass 4.000 Euro ausreichen würden, um das Projekt dieses Jahr weiter zu nutzen. Es gebe keine Umstellung für die Nutzenden und in den nächsten Jahren, so das Ziel, könne alles in die Homepage integriert und nutzerfreundlicher gemacht werden, um eine größere Reichweite zu erzielen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** spricht die Ausbaggerung des Liepskanals an. Hier habe es einen Sperrvermerk gegeben, der jetzt aufgehoben werden soll. Obwohl lange darüber diskutiert worden sei, blieben letztendlich aber noch viele Fragen offen. In der Vorlage seien unterschiedliche Summen genannt, was die Kosten der Maßnahme betrifft.

Herr **Schwabe** führt aus, dass die Zahlen, in der Vorlage im Wirtschaftsplan 2026 enthalten sind und auf einem Planungsstand aus dem Jahr 2025 basieren. Sollte eine 60 oder 90 %-ige Förderung erfolgen, würden die 150.000 Euro, die für das Jahr 2026 dort momentan gesperrt sind, nicht gebraucht, weil von der Summe her, selbst bei der 60 %-igen Förderung die bereits vorhandenen Mittel, die sich aus Kreditgenehmigungen und einem Zuschuss der Stadt zusammensetzen, vorhanden seien. Sollte keine Förderung erfolgen, würden sogar noch mehr als die 150.000 Euro gebraucht und die fehlenden Komplementärmittel müssen dann in den Wirtschaftsplan 2027 eingestellt werden.

Ratsherr **Bülow** findet es bedauerlich, dass das Ausbaggern der Lieps aus ökonomischen und nicht aus der ökologischen Gesichtspunkten betrachtet werde. Er stellt den

Änderungsantrag, den Unterpunkt zur Aufhebung des Sperrvermerks zum Ausbaggern der Lieps zu streichen.

Herr **Schwabe** stellt dar, dass mit dem Ausbaggern des Liepskanals ein Beschluss der Stadtvertretung im Zusammenhang mit dem Tourismuskonzept erfüllt werde. Darin sei explizit ausgewiesen, dass die Befahrbarkeit des Liepskanals zu erhalten ist. Nach dem Tourismuskonzept sei auch der Steg in Prillwitz für die touristische Relevanz des Areals sehr wichtig und auch zu erhalten. Es werde sogar im Konzept angeregt die Schiffbarkeit und den Stegausbau noch mit einem Neubau eines Steges in Bornmühle weiter voranzutreiben. Insofern werde jetzt beschlusskonform gehandelt. Sollte ein anderer Beschluss gefasst werden, dann werden die Maßnahmen selbstverständlich zurückgenommen. Sofern keine Fördermittel kommen, müssten die fehlenden Mittel in den Wirtschaftsplan 2027 aufgenommen und versucht werden, in Bauabschnitten zu bauen.

Ratsherr **Bülow** bedankt sich für die Hinweise und zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über Änderungsantrag Nr. 1 der CDUplus-Fraktion abstimmen. Dieser wird bei 16 Dafürstimmen und 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/9/2026**

Die Tagesordnungspunkte 10 bis 21 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 10 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Oststadt-Grün" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024
Vorlage: INF/VIII/0092

Ratsherr **Mieth** bringt die Vorlagen ein und dankt allen Mitarbeitern für ihren Einsatz.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Dr. Kubetschek** hinsichtlich des Haushaltsabschlusses 2024 und der Entlastung des damaligen Oberbürgermeisters führt Frau **Rathsack** aus, dass der Beschluss des Haushaltes äußerst wichtig für die weitere Arbeit der Verwaltung sei. Wenn die Entlastung des Oberbürgermeisters beschlossen wird, können keine zivilrechtlichen Ansprüche mehr gegen den ehemaligen Oberbürgermeister durchgesetzt werden.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** räumt eine Pause zur Beratung ein.

Ratsherr **Kuhnert** stellt nach Rücksprache mit Frau Rathsack den Antrag, für den Tagesordnungspunkt TOP 21, in der Beschlussvorlage BV/VIII/0280 über die beiden Beschlusspunkte einzeln abzustimmen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 11 Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Oststadt-Grün" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0275

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/11/2026**

- TOP 12 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Altstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024
Vorlage: INF/VIII/0093**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 13 Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Altstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0276**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/13/2026

- TOP 14 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Datzeberg" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024
Vorlage: INF/VIII/0094**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 15 Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Datzeberg" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0277**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/15/2026

- TOP 16 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024
Vorlage: INF/VIII/0095**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 17 Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0278**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/17/2026

- TOP 18 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt – Die Soziale Stadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024**

Vorlage: INF/VIII/0096

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 19 Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt – Die Soziale Stadt“ der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0279**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/19/2026**

- TOP 20 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024
Vorlage: INF/VIII/0097**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 21 Feststellung des Jahresabschlusses der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0280**

TOP 21.1 BV/VIII/0280 - Abstimmung über Beschlusspunkt 1
mehrheitlich beschlossen.

TOP 21.2 BV/VIII/0280 - Abstimmung über Beschlusspunkt 2
mehrheitlich abgelehnt.
(Begründung im nichtöffentlichen Teil unter TOP 34)

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/21/2026**

- TOP 22 Annahme einer Sachzuwendung vom Neubrandenburger Wanderfreunde e.V. - Sachzuwendung in Form von zwei neuen Sitzgruppen für den Wanderweg "Grüne Runde" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0264**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/22/2026**

- TOP 23 Annahme einer Geldzuwendung von der Dr. Netik & Partner GmbH - Geldzuwendung für eine Bronzeplatte für den Neubrandenburger "Walk of Sport" in der Stargarder Straße zur Ehrung der Sportlerin Frau Lena Meißner
Vorlage: BV/VIII/0266**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/23/2026**

**TOP 24 Annahme einer Geldzuwendung vom Förderverein des Abendgymnasiums Neubrandenburg e. V. - Geldzuwendung für gemeinnützige Zwecke
Vorlage: BV/VIII/0268 – 1 Änderungsblatt**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/24/2026**

**TOP 25 Annahme einer Sachzuwendung vom Förderverein Sportgymnasium e. V. - Sachzuwendung in Form einer Bronzeplatte für den Neubrandenburger Walk of Sport in der Stargarder Straße zur Ehrung des Sportlers Herrn Erik Rebstock
Vorlage: BV/VIII/0269**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/25/2026**

Die Tagesordnungspunkt 26 und 27 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 26 Annahme einer Geldzuwendung von Herrn Frank Benischke - Geldzuwendung für die Anschaffung und Verlegung einer Bronzeplatte für den Neubrandenburger "Walk of Sport" in der Stargarder Straße zur Ehrung der Sportlerin Frau Franka Dietzsch
Vorlage: BV/VIII/0273**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
STV 12/26/2026

**TOP 27 Annahme einer Geldzuwendung von Herrn Philipp Amthor MdB - Geldzuwendung für die Anschaffung und Verlegung einer Bronzeplatte für den Neubrandenburger "Walk of Sport" in der Stargarder Straße zur Ehrung der Sportlerin Frau Franka Dietzsch
Vorlage: BV/VIII/0274**

Ratsherr **Hanson** dankt den Spendern für ihr Bekenntnis zur Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
STV 12/27/2026

**TOP 28 Bebauungsplan Nr. 38 "Ortsteil Fritscheshof", 1. Änderung hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: BV/VIII/0271**

Herr **Schultze** führt aus, dass in dem benannten B-Plan vorwiegend allgemeine Wohngebietsflächen festgelegt seien. Zu dem sich anschließenden eingeschränkten Gewerbegebiet und freien Gewerbegebietsflächen gebe es nur im östlichen Teilbereich des B-Plans die Festlegung als Mischgebiet/Übergangszone. Dieser Bereich solle künftig ebenfalls als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen werden. Zwischen Misch- und allgemeinen Wohngebieten gebe es unterschiedliche Festsetzungen, um Beeinträchtigungen der Nutzer der Gebiete zu vermeiden. Die unterschiedlich zulässigen Schallpegel werden durch Herrn Schultze näher erläutert. Durch die deutliche Herabstufung der Grenzwerte gab die Stadt

eine Schallemissionsprognose in Auftrag. In dieser werden pauschal neben dem Verkehrslärm auch im Bestand vorhandene Gewerbebetriebe mit Pauschalemissionen betrachtet. Dazu zählen ein Gartenbauunternehmen, eine Autowerkstatt sowie ein Landmaschinenhändler, die in einer Entfernung zwischen 150 bis 250 m vom Betrachtungsgebiet liegen. Nicht benannt wurden dabei der Fachhandel für Dach- und Fassadenbaustoffe Jüdes & Löckener GmbH sowie die Bäckerei Kadatz. Für die geplante Anpassung hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung des Planungsgebietes in ein allgemeines Wohngebiet sei mit Einschränkungen durch die bestehenden Gewerbebetriebe zu rechnen. In Anbetracht dieser Umgebungsfaktoren sei eine Änderung der Festsetzung vom Mischgebiet zum allgemeinen Wohnen zu überdenken sowie hinsichtlich der Schallschutzmaßnahmen erneut zu prüfen und festzulegen.

Ratsherr **Herrmann** merkt an, dass Herr Schultze dieses Thema bereits öfter im Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss aufgegriffen habe und berichtet aus seinen eigenen negativen Erfahrungen, die er seinerzeit als Gewerbetreibender erlebte. Die Erschließung eines Wohngebiets würde zukünftige Gewerbeansiedlungen auf der anderen Straßenseite erschweren. Er beantragt für seine Fraktion Projekt NB diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu beschließen und stattdessen erneut in die entsprechenden Fachausschüsse zu verweisen.

Ratsfrau **Dr. Balschat** bestätigt, dass im Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss über dieses Thema diskutiert wurde. Ihrer Auffassung nach ginge es aber darum, dass auf diesem Gebiet Musterhäuser entstehen sollen und die Änderung des Aufstellungsbeschlusses beziehe sich lediglich darauf. Zu keinem Zeitpunkt sei die Rede vom Häusern mit Bewohnern gewesen.

Herr **Renner** erklärt, dass die Stadt Neubrandenburg das ursprüngliche Planungsziel hatte, am östlichen Rand der Oststadt ein Mischgebiet zu entwickeln. Im Rahmen des Planverfahrens seien diverse Gutachten erarbeitet worden, unter anderem auch die Schallimmissionsprognose. Diese Prognose sei Bestandteil eines Mischgebietes, die unter anderem auch die teilweise Nutzung zum Wohnen vorsehe. Insofern sei dieses Schallimmissionsgutachten letztendlich ein Ergebnis, das neben einer Eignung als Mischbaufläche, auch die Entwicklung eines allgemeinen Wohngebiets beinhalte. Passive Lärmschutzmaßnahmen, wie die optimale Ausrichtung von Wohn- oder Kinderzimmern sowie Anbauten in Form von verglasten Balkonen oder auch Terrassen, die nicht zu den Emissionsquellen hin ausgerichtet werden, könnten eine Lösung darstellen. So sei bei Festsetzung im Bebauungsplanverfahren sichergestellt, dass die notwendigen Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um gesundes Wohnen zu ermöglichen. Herr Renner betont das Ziel der Verwaltung, möglichst innerstädtische Potenziale als Wohnbaustandorte zu aktivieren, bevor die „grüne Wiese“ im Fokus stehe. Hierbei ginge es nicht immer um einfache Standorte. Diese weisen unter anderem auch andere Emissionsprobleme auf, die angegangen werden müssen. Für das konkrete Gebiet könnte es gelingen, gesundes Wohnen zu ermöglichen. Letztendlich sei es aber die Entscheidung der Stadtvertretung, diesem Planungsziel des Vorhabenträgers zu folgen.

Ratsherr **Hanson** teilt die von den Vorrednern geäußerten Bedenken. Trotz der Bemühungen der Stadt, könnten zum späteren Zeitpunkt Klagen seitens der ansässigen Bürgerinnen und Bürger gegenüber den angesiedelten Unternehmen vorprogrammiert sein. Final könne dies dazu führen, dass die Stadt Unternehmen aus diesem Gebiet verdrängt.

Herr **Schultze** empfiehlt vor einer Entscheidung der Stadtvertretung eine umfassendere Betrachtung, vor allem unter Einbeziehung der zwei im Gutachten nicht aufgeführten Betriebe, Jüdes & Löckener GmbH sowie der Bäckerei Kadatz.

Ratsherr **Großmüller** stimmt seinen Vorrednern zu und bestätigt die Aussage von Ratsherrn Hanson, dass die dort bereits ansässigen Gewerbebetriebe, die nach heutigem Stand für weitere Investitionen bereit wären, mit diesen Einschränkungen verdrängt werden könnten.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** weist auf die Überlassung der rechtlichen Instrumente an die Stadtverwaltung hin, was die Änderung des Aufstellungsbeschlusses zur Folge hätte. Zu benennen wären gewisse bodenrechtliche Vorschriften, z. B. sei die Erlassung einer Veränderungssperre möglich oder sogar das Zurückstellen von Baugesuchen. Daher bestünde aus seiner Sicht Klärungsbedarf. Es wurden nicht alle Standortfaktoren berücksichtigt. Es war lediglich die Rede von einem Investor, der an diesem Standort gerne Musterhäuser bauen möchte. Hierfür sei die Umwidmung des Wohnbaugebietes erforderlich. Nun wird informiert, dass es um Wohnbebauung ginge. Der Versuch, dort ein Wohngebiet etablieren zu wollen, berge Gefahren, die heute nicht abschätzbar wären. Aus diesem Grund sei der Antrag heute zurückzustellen.

Ratsherr **Schwanke** kann die Diskussionen nicht nachvollziehen und spricht sich für die Änderung des Aufstellungsbeschlusses aus.

Ratsherr **Bromberger** stimmt dem Antrag der Fraktion Projekt NB zu, die Vorlage in die Fachausschüsse zu verweisen, um die noch vorhandenen Bedenken genauer zu eruieren.

Ratsherr **Großmüller** betont, dass die Stadt Neubrandenburg keinen Bedarf an Wohnstandorten habe. Anders sehe es bei Gewerbeflächen und gemischten Gewerbeflächen aus.

Ratsherr **Stieber** fragt, warum diese Bedenken nicht bereits im Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss zum Ausdruck gebracht wurden. Laut dem Beratungsergebnis haben sich drei Mitglieder enthalten. Die anderen äußerten keine Bedenken und stimmten für die Vorlage. Er spricht sich für eine erneute Beratung in den Fachausschüssen aus.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die beantragte Rückverweisung der Vorlage in die benannten Fachausschüsse abstimmen.

Die Vorlage wird mehrheitlich in die Fachausschüsse zurückverwiesen.

TOP 29 Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0272 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Stieber** lobt die Zusammenarbeit aller Beteiligten am Zustandekommen dieser Satzung.

Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

TOP 30 1. Satzung zur Änderung der Satzung Kinder- und Jugendbeirat der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg (Satzung des KJB NB)
Vorlage: BV/VIII/0296

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird bei 37 Dafürstimmen einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/30/2026**

TOP 31 Sperrvermerk für Investitionsauszahlungen "Wärmeinseln/Leuchttürme" sowie Aufhebung des Sperrvermerks
Vorlage: BV/VIII/0284 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Kreutzer** führt aus, dass der ursprüngliche 1. Beschlusspunkt, Sperrvermerk Wärmeinseln/Leuchttürme, herausgenommen wurde, da zunächst die Zuständigkeiten zu klären seien. Dies solle im Rahmen einer Anfrage erfolgen.

Übrig geblieben sei der 2. Beschlusspunkt, das Herausnehmen eines Sperrvermerks für den Relaunch der Internetseite. Dieser Sperrvermerk sei im Rahmen der Haushaltsplanung beschlossen worden. Nach Verständigung mit der Verwaltung, sei klar geworden, dass unter dem Dach der Internetseite der Stadt mehrere Seiten zusammengeführt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 12/31/2026**

TOP 32 Ergänzung der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für personelle und sächliche Aufwendungen der Fraktionen der Stadtvertretung Neubrandenburg aus Haushaltsmitteln der Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0285

Ratsherr **Dr. Kubetschek** bringt die Beschlussvorlage ein. Diese Ergänzung der Fraktionsrichtlinie würde das enge Korsett, in das die bisherige Fraktionsrichtlinie die Fraktionen zwänge, öffnen. So würde die vorgeschlagene Ergänzung z. B. ermöglichen, Kinder und Jugendliche in die Fraktionsarbeit einzubinden. Finanziell gäbe es für den städtischen Haushalt keine Veränderung, die Fraktionen hätten aber mehr Spielraum.

Ratsherr **Schnell** lehnt den Antrag im Namen der AfD-Fraktion ab. Die Nutzung eines Geschäftsbesorgungsvertrages findet er problematisch. Sofern die eigene Firma eines Fraktionsmitgliedes beauftragt würde, sieht er einerseits die Gefahr von Mitwirkungsverboten und andererseits könne dies Anlass zu kritischen Bewertungen geben.

Ratsherr **Großmüller** spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

Ratsherr **Herrmann** führt aus, dass die Nutzung von Geschäftsbesorgungsverträgen in anderen Kommunen und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile geübte Praxis sei. Mit einer Festanstellung müsse Verantwortung für die oder den Angestellten übernommen werden, bei einem Geschäftsbesorgungsvertrag würde dies sozial abgedeckt werden und das Geld, das an Sozialverbände abgeführt werden müsste, könne gespart und für andere Projekte eingesetzt werden.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** erinnert die Ratsfrauen und Ratsherren an den Kodex, dem sich alle verschrieben haben und bittet um Respekt und Wertschätzung in der Kommunikation.

Ratsherr **Stieber** führt aus, dass die Fraktion SPD/Grüne einen Grundbedarf sehe, die Arbeitsfähigkeit der Fraktion zu stärken und moderne flexible Organisationsformen zu ermöglichen. Im Moment würde die Vorlage aber keine Zustimmung von seiner Fraktion bekommen, da eine Reihe von ungeklärten Fragen aufgekomen sei. Erstens sei dies die klare und überprüfbare Verwendung der Fraktionsmittel. So müsste jede Ausgabe transparent, nachvollziehbar und eindeutig der Fraktionsarbeit zuzuordnen sein. Wenn die Leistungen allerdings nur allgemein beschrieben oder pauschal vergütet werden, werde eine Kontrolle schwierig. Es müsse sichergestellt sein, dass keine Vermischung mit parteipolitischen oder privaten Tätigkeiten erfolgt.

Zweitens bedeute die wirtschaftliche und sparsame Mittelverwendung, die den Fraktionen über die Richtlinie vorgegeben wird, einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Diese Leistungen müssen angemessen und nachvollziehbar vergütet werden. Ohne klare Kriterien für Auswahl und Bezahlung bestehe die Gefahr, dass Mittel ineffizient eingesetzt werden könnten oder keine Vergleichbarkeit besteht.

Als Drittes sieht er arbeits- und auch versicherungsrechtliche Probleme.

Viertens wirft er Fragen nach der Gleichbehandlung zwischen den Fraktionen auf. Chancengleichheit sei ein Grundprinzip der demokratischen Arbeit. Es bestehe die Gefahr, dass, größere Fraktionen die neuen Möglichkeiten deutlich stärker nutzen könnten als kleinere. Das würde bestehende Unterschiede weiter vergrößern, statt faire Bedingungen für alle zu schaffen. Aus den genannten Gründen halte die Fraktion SPD/Grüne es für nötig, vor einer Entscheidung weitere fachliche Einschätzungen einzuholen. Zudem sei eine Stellungnahme durch das Rechnungsprüfungsamt wichtig.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** zeigt sich irritiert. Die Informationen seien im Vorfeld vor Wochen versendet worden. Dabei war eine komplette Quellenanalyse im PDF-Format mit Verlinkungen in andere Bundesländer, auch eine Expertise des Rechtsamtes und des Rechnungsprüfungsamtes. Die Debatte zeige, dass augenscheinlich ein Denkprozess angestoßen wurde. Deshalb zieht die Fraktion Projekt NB die Vorlage zurück und beantragt die Rückverweisung in die Ausschüsse (bisherige Beratungsfolge).

Frau **Rathsack** stellt klar, dass der Antrag insgesamt nicht mehr zurückgezogen werden kann. Das hätte bei der Abstimmung der Tagesordnung passieren müssen. Die Vorlage könne aber zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen werden.

Ratsherr Bülow regt an, das Thema Scheinselbstständigkeit und verdeckte Beschäftigungsverhältnisse vor einer weiteren Beratung in den Ausschüssen rechtlich umfassend prüfen zu lassen. Dabei weist er darauf hin, dass Dienstleistungs- oder Werkverträge sich im Nachhinein als reguläre Arbeitsverhältnisse herausstellen könnten.

In diesem Zusammenhang wirft er die Frage auf, welche rechtlichen und finanziellen Folgen entstehen, wenn im Rahmen der Tätigkeit einer Fraktion entsprechende Verträge geschlossen werden und später ein Arbeitsverhältnis festgestellt wird. Insbesondere bittet er um Prüfung, wer im Falle der Auflösung einer Fraktion für daraus entstehende Verpflichtungen haftet und wie ein solches Arbeitsverhältnis beendet werden kann.

Ratsfrau **Paulitschke** beantragt im Namen der Fraktion SPD/Grüne die Rückverweisung in die Ausschüsse. Damit sei es ein Änderungsantrag einer Fraktion und kein Änderungsblatt des Einreichers.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über den Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne auf Rückverweisung der Beschlussvorlage BV/VIII/0285 in die Ausschüsse abstimmen.

Der Antrag auf Rückverweisung wird mehrheitlich abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.
Beschlusnummer: **STV 12/32/2026**

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann räumt eine Pause von 15 Minuten ein.

TOP 33 Pilotprojekt "Öffnung kommunaler Sportstätten für Kinder- und Jugendfreizeitsport außerhalb vertraglicher Nutzungen"
Vorlage: BV/VIII/0294 – 2 Änderungsblätter

Ratsherr **Borchert** bringt die Vorlage ein. Nach Beschlussfassung der BV/VIII/0198 für ein Pilotprojekt zur Sportstättenutzung für Kinder und Jugendliche am Weidenweg im Oktober

2025, liege inzwischen ein ausführliches Konzept der Stadtverwaltung vor. Neben dem Projektzeitraum von Mai bis Oktober, wurde als Standort nun ausschließlich die Kopernikusstraße benannt. Des Weiteren seien im erarbeiteten Konzept zu viele Öffnungstage, Reinigungstermine sowie Kosten für Wachpersonal einkalkuliert worden. Dieses führe zu höheren Kosten, die in der Form bei Antragstellung nicht angedacht waren. Der jetzt überarbeitete Antrag sei so angepasst, dass lediglich ein Fünftel der im Konzept kalkulierten Kosten für die Öffnung der Anlagen in der Kopernikusstraße sowie Weidenweg entstehen. Ratsherr Borchert führt weiter aus und bezieht sich auf die zu erwartenden Kosten bzw. anfallenden Dienstleistungen.

Ratsherr **Hanson** begrüßt und unterstützt den Vorschlag der Fraktion CDUplus. Dennoch hätte er sich vorab eine Beratung über die Finanzierung gewünscht und beantragt die Verweisung in den Finanzausschuss.

Ratsherr **Stieber** unterstützt für die Fraktion SPD/GRÜNE den Antrag. Jedoch kritisiert er die kurzfristige Bereitstellung der Vorlage seitens der Fraktion CDUplus. Die ehrenamtliche Expertise der Fachausschüsse, mit ihren sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern, sei bei solchen Vorhaben unverzichtbar. Neben der Haushaltsfragen seien Vermüllung, Sicherheit oder Haftung nennenswerte Gründe für eine vorherige Beratung in den Fachausschüssen. Er sehe aber auch den Zeitdruck, den die Beschlussvorlage möglicherweise mit der kurzfristigen Einbringung symbolisiert. Die vorgetragenen Gründe seien nachvollziehbar. Daher werde die Fraktion SPD/Grüne dieser Vorlage zustimmen.

Ratsherr **Großmüller** begrüßt ebenfalls das Projekt, erinnert aber auch an das Vorhaben der Stadt, die Jugendclubs voranzutreiben.

Ratsherr **Hanson** zieht den Verweisungsantrag in den Finanzausschuss zurück.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 12/33/2026**

gez.
Prof. Dr. Oppermann
Stellv. Stadtpräsident

gez.
Heike Witt
Protokollantin

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil